Prof. Peter Grottian, Juli 2014

Von wegen Mindestlohn, Frau Nahles – 90.000 Lehrbeauftragte an den Hochschulen arbeiten oft zu 3 € pro Stunde – ein Aufschrei!

Die Republik ist zurecht erfreut über den geplanten 8,50 € Mindestlohn. Aber viele Hungerlöhne werden einfach beschwiegen: weil die Betroffenen völlig individualisiert und miserabel organisiert sind, die Gewerkschaften sich nicht darum kümmern und die Institutionen, die eine Fürsorgepflicht hätten, schlicht kläglich versaglich.

Die Rede ist von 90.000 wissenschaftlichen Lehrbeauftragten an den Universitäten und Fachhochschulen. Sie schultern oft 30-40 % des curricular vorgeschriebenen Lehrdeputats. Sie ermöglichen die oft kaum schaffbare Erfüllung der vorgeschriebenen Studienanforderungen. Kurz: Sie sind unverzichtbar für die Aufrechterhaltung und Innovation des Lehrbetriebs. Aber sie werden behandelt wie der letzte Dreck.

Viele arbeiten zum Nulltarif, sie dürfen sogar oft Kopien und Lehrmaterialien noch selbst bezahlen. Viele arbeiten zu einem gestaffelten Stundensatz zwischen 20-60 € - die große Mehrheit der Honorarverträge kreist um 25 € pro Stunde. Natürlich sind die Vorbereitungs- und Beratungszeiten je nach Fach verschieden. Eine Spanisch-Dozentin wird mit weniger Vorbereitungszeiten auskommen als ein Lehrbeauftragter in Germanistik, Politikwissenschaft und Geschichte.

Wo eine Betreuung von Hausarbeiten notwendig ist, wird das Zeitbudget für die Besprechung der Anlage der Arbeit und für eine vernünftige Kommentierung des Projekts ungleich höher sein als wenn es um die Betreuung von Arbeitsgruppen in der Pharmazie und Biologie im Grundstudium geht. Aber jenseits aller unterschiedlichen Beobachtungen ist unabweisbar, dass eine große Mehrheit der Lehrbeauftragten nach dokumentierten Arbeitsleistungen bei ca. 3 € Stundenlohn liegt. Und alles still in der Republik, kein Aufschrei nirgends.

So gesehen gibt es, wie der Wissenschaftsrat zurecht rügt, nicht nur einen dramatischen Professorenmangel, wenn die Zahl der Studierenden in den sechs letzten Jahren um 22 % gestiegen ist, aber die Berufungen neuer Professoren nur 10 % ausmachen, sondern eine Krise des Lehrkörpers insgesamt. Wer auf die schamlose Ausbeutung der Lehrbeauftragten setzt,

hat von den katastrophalen Lehr-Lernverhältnissen an deutschen Hochschulen nichts verstanden. Zu dieser Beschreibung gehört natürlich auch, dass der größte Teil der wissenschaftlichen Mitarbeiter an den Hochschulen ohne Promotion auf halben oder 2/3-Stellen sitzt – also mitnichten sich goldene Nasen verdienen kann. Zudem liegen sie an der Kette der Hochschullehrer.

Mit der Lage der Lehrbeauftragten korrespondiert die Lage der habilitierten Dozenten, die in der Regel zum Nulltarif arbeiten, um ihre jeweilige Lehrbefugnis zu erhalten. Die von Merkel einmal posaunierte Bildungsrepublik leistet sich, ca. 2.000-3.000 habilitierte Wissenschaftler zu Nulltarif auszunutzen, ohne ihnen eine Dauerstelle, eine Berufung oder eine Teilzeit-Professur auf Zeit anbieten zu können? Soviel menschenunwürdige Ressourcenverschwendung ist nirgends in der Republik.

Es ist so still ob dieser Zustände, weil die Betroffenen total individualisiert und miserabel organisiert sind. Man hofft auf den schmückenden Eintrag im Lebenslauf, betreibt beispiellose Selbstausbeutung – aber aufstehen tut man in der Regel nicht. Diejenigen Institutionen, die als Lobby der Lehrbeauftragten auftreten könnten, engagieren sich so gut wie nicht: GEW, ver.di, Hochschulverwaltungen, Kultusministerien, Hochschulrektorenkonferenz, Parteien. Wo kein Aufschrei – keine Interessenartikulierung. Leiden in der Lehre führt zu keiner öffentlichen Auseinandersetzung. Die Studierenden des Bildungsstreiks 2009/2010 waren vorerst die letzten Akteure, die diese miserablen Zustände anprangerten.

Von Professoren ist zur Änderung nichts zu erwarten. Das müssten die Studierenden schon an ihren jeweiligen Instituten zu ihrem Thema machen und die Lehrbeauftragten zur Aufmüpfigkeit ermuntern. Nach der nicht sehr erfolgreichen Neuauflage des Bildungsstreiks von 2009/2010 im letzten Sommersemester ist das vorerst aber wenig zu erwarten. Ein erster Schritt ist eine öffentliche Debatte der Personalstruktur an den Hochschulen – das wäre jedenfalls mehr als das systematische Verschweigen.

Dabei liegen Lösungen auf der flachen Hand. Die einmaligen Lehrbeauftragten müssten besser bezahlt werden, die langjährigen Lehrbeauftragten sollten Teilzeitstellen auf Zeit bekommen, um aus der diskriminierenden Honorarfalle herauszukommen. Habilitierte Dozenten wären zumindest zu Teilzeit-Professoren im Angestelltenverhältnis zu berufen. Das

wäre doch ein Programm für die Hochschulen, das nach der Aufhebung des Kooperationsverbots zwischen Bund und Ländern auf der Zunge zergehen müsste. Die leicht besser Bezahlung von Hochschullehrern und ein paar Berufungen mehr machen jedenfalls kein Hochschulmärchen. Der Mindestlohn, Frau Nahles, ist ein guter Anfang – aber diejenigen, die unter die Räder geraten, sieht die SPD so recht nicht.

Peter Grottian, Hochschullehrer für Politikwissenschaft an der FU Berlin, Mitinitiator des Bildungsstreiks 2009/2010
Kontakt: 0171-8313314 oder buero.grottian@gmx.de